

Protokolleintrag vom 26.10.2005

2005/426

Postulat von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Monjek Rosenheim (FDP) vom 26.10.2005: Allmend Brunau, Zwischenbericht über das Entwicklungs- und Nutzungskonzept

Von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Monjek Rosenheim (FDP) ist am 26.10.2005 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes Allmend Brunau die Information des Gemeinderates über den Fortschritt der Arbeiten, insbesondere die Bewältigung der verschiedenen Nutzungskonflikte im Bereich Allmend I bis IV sowie den Umgang mit der Altlastenproblematik sicherstellen kann. Zwei Jahre nach Beginn der Neugestaltungen, spätestens aber Ende 2007, soll dem Gemeinderat hierzu ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

Begründung:

An der Medienkonferenz vom 5. September 2005 in der Saalsporthalle und anlässlich mehrerer Informationen im Quartier hat der Stadtrat die bis im Jahre 2008 geplante, schrittweise Neugestaltung der Allmend Brunau (insbesondere die geplante Sihlnaturierung) vorgestellt. Basis dazu ist die „Entwicklungsplanung Allmend Brunau – Nutzungskonzept“, die vom Stadtrat im Dezember 2003 verbindlich festgesetzt worden ist.

Dabei hat es sich gezeigt, dass trotz frühzeitigem Einbezug aller möglichen Nutzergruppen und sorgfältiger Information der Anwohner Befürchtungen und Widerstände aus dem Quartier wie auch den verschiedenen Benutzergruppen bestehen bleiben. Insbesondere im Zusammenhang mit dem vom Gemeinderat bereits bewilligten Skaterpark, den zahlreichen und grossen Altlastenflächen auf der Allmend, dem Konfliktpotential zwischen Hundehaltern, Joggen, Reiten und Velofahrern sowie der Zukunft der Sportfischerei (inkl. Fischtreppe) an der Sihl gibt es noch viele offene Fragen.

Obwohl die Umsetzung des Nutzungskonzeptes durch den Stadtrat – in Zusammenarbeit mit dem Kanton – in dessen Eigenkompetenz liegt und somit keine Gesamtweisung für die bis im Jahre 2008 dauernden Arbeiten vorgelegt werden muss, hat der Gemeinderat namens der Stimmbürger ein Recht auf ausführliche Information und Möglichkeit der Stellungnahme zu den Kernpunkten der Umsetzung des Nutzungskonzeptes.